

wird so direkt zu einem perversen Anreiz zur Waldvernichtung. Die Infrastruktur für illegalen Holzeinschlag bahnt den ebenfalls illegalen Landbesetzungen dabei oft den Weg in die sonst recht unwegsamen Gebiete.

Während so auf der einen Seite zwar ein nationaler Plan zur Wiederaufforstung die Notwendigkeit der Wiederherstellung von abgeholzten Waldflächen u. a. auch zur Sicherung von Grundwasserressourcen beschwört, geht auf der anderen Seite der massive Waldverlust unter dem Druck der Armutsmigration praktisch ungebremst weiter.

Damit lässt sich beispielhaft das Grundproblem – vermutlich nicht nur der peruanischen – Klimaschutzpolitik erläutern. Die Klimabelastungen entstehen praktisch nie als Folge von Handlungen, die auf Klimaschädigung abzielen. Zumeist sind es durchaus legitime Absichten, die hinter den belastenden Aktivitäten stehen: Der Wunsch nach einem Stückchen Land, die wirtschaftliche Nutzung von Naturressourcen sowie der Wunsch nach Mobilität. Politisches Handeln müsste deshalb danach streben, die legitimen Ziele anzuerkennen und Strategien entwickeln, diese auf weniger schädlichem Wege zu erreichen. Dazu würde jedoch ein Maß von politischer Kohäsion gehören, welches in Peru nicht anzutreffen ist.

BOLIVIEN: ZU WENIG SCHNEE IM HÖCHSTEN SKIGEBIET DER ERDE

Daniela Casabona

Der Diskurs über den Klimawandel wird in Bolivien emotional und anlassbezogen geführt. Er flammt immer nur dann auf, wenn sich außerordentliche klimatische Ereignisse präsentieren. Ein solches, mittlerweile periodisch wiederkehrendes Ereignis ist das Klima-Phänomen „El Niño“, welches die gesamte Westküste Südamerikas beeinflusst. Erst im Februar 2007 hat ihn Bolivien zu spüren bekommen: Starke Regenfälle, Überschwemmungen und Hochwasser, sowie Grubeneinstürze belasteten West- und Zentralbolivien. Am meisten von der Katastrophe war die nördliche Tieflandregion Beni betroffen. Selbst der Präfekt des Beni, Ernesto Suarez Sartori, meinte, dass diese Region zwar jährlich mit der Regenzeit zu kämpfen hätte, diese Klimakatastrophe jedoch das schlimmste gewesen sei, was er je miterlebt habe. Einen Monat lang regnete es ununterbrochen. „El Niño“ zerstörte in diesem Gebiet Tausende von Häusern, fast 20.000 Einwohner mussten ihr Heim verlassen und über 100.000 Kühe verendeten. Die Verunreinigung des Trinkwassers führte zu Epidemien. Weiterhin können fast 10.000 Einwohner noch immer nicht in ihre Häuser zurückkehren und leben in Flüchtlingslagern. Obwohl mit den Wiederaufbauarbeiten begonnen wurde, wird es noch eine längere Zeit dauern, bis die Häuser wieder bewohnbar sind. In den letzten Wochen wurden zudem verstärkt Epidemiefälle des Dengue- und des Gelbfiebers mit tödlichen Folgen gemeldet.

Auch im Hochland macht sich der Klimawandel bemerkbar. Auf dem (bislang) höchsten Skigebiet der Welt, der Chacaltaya (5375 m), gibt es nicht mehr genügend Schnee, da die Gletscherschmelzgrenze in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. Trotz der mittlerweile gehäuften Ansammlung außerordentlicher klimatischer Ereignisse – dazu gehören speziell Überschwemmungen, lange Trockenzeiten, Kälteeinbrüche mit schwerwiegenden Konsequenzen für Vieh- und Landwirtschaft – gibt es in Bolivien bislang keine wissenschaftlichen Studien darüber, worauf die Phänomene der letzten Jahre zurückzuführen sind. Die Vermutung, daß diese Ereignisse und vor allen das Phänomen „El Niño“ auf den menschlich verursachten Klimawandel zurückzuführen sind, liegt nahe und wird von den bolivianischen Behörden auch immer wieder bemüht – ernstzunehmende Hinweise darauf gibt es jedoch noch nicht.

Die bolivianische Regierung verfolgt das Thema des Klimawandels bislang nur sehr sporadisch und nicht ohne populistischen Unterton: Präsident Evo Morales schiebt die Schuld des Klimawandels pauschal auf die Industriestaaten, sie seien für die Erderwärmung und die Folgen des „El Niño“ verantwortlich. Obwohl das Phänomen „El Niño“ schon lange im Voraus angekündigt wurde, wurden keine vorzeitigen Krisenpläne erstellt. Erst nach der Katastrophe reagierte der Staat und bat die internationale Gemeinschaft um 9 Millionen US-Dollar Hilfe für die Aufräumarbeiten und den Wiederaufbau. Zudem wurde lediglich akuter Katastrophenschutz in Form von Evakuierungen geleistet. Eine vorausschauende Krisenplanung wird von der Regierung Morales bislang nicht bemüht.